

schweiz

Wenn Politiker der inneren Stimme folgen

Wie weit bestimmt Ethik wirklich die Politik? Resultate einer Zürcher Umfrage

Stefan Hotz, Zürich

Politiker sehen sich als ethisch handelnde Menschen. Sie vertrauen vor allem dem eigenen Gewissen, sehen den politischen Betrieb aber pessimistisch.

Weiss die Politik nicht mehr weiter, wird eine Ethikkommission ins Leben gerufen. Um Ethik (griechisch: Wohnort des Guten) geht es häufig bei grossen Themen, wenn Menschen stellvertretend handeln, wie bei der Umwelt oder im Tierschutz, wenn es um hochkomplexe Bereiche geht wie die Gentechnologie, oder wenn Entscheidungen anstehen, welche die nächsten Generationen betreffen, wie in der Kernenergie. Doch Ethik spielt in der alltäglichen Politik mit. Das von Jesuiten gegründete Lasalle-Institut wollte es genauer wissen und hat Schweizer Politikerinnen und Politiker befragt.

Ein Ergebnis fiel überaus deutlich aus: Ethik ist heute eine individuelle Angelegenheit. Man folgt, vermutlich anders als früher, keiner Richtschnur einer externen Instanz. Auf die Frage, was sie unter Ethik verstehen, antworteten fast 60 Prozent aller Befragten, sie würden dem eigenen Gewissen folgen. Nur für 12 Prozent bedeutet es, nach religiösen Grundsätzen zu handeln. Auch bei der Frage nach der Orientierung bei konkreten Entscheiden beriefen sich fast hundert Prozent auf das eigene Gewissen und das Gemeinwohl. Weltanschauung, die Interessen der Wählerschaft oder Parteibeschlüsse sind deutlich weniger wichtig.

Nun ist das eigene Gewissen biegsam, wie Niklaus Brantschen, Mitbegründer des Lasalle-Instituts, bei der Vorstellung der Studie sagte. Niemand könne heute noch erwarten, die Kirchen würden für Ethik sorgen. Notwendig sei, so Brantschen, ein spirituell-politischer Ansatz. Auffällig ist in den Umfrageergebnissen, dass der eigenen Überzeugung, nach ethischen Grundsätzen zu handeln, eine pessimistische Wahrnehmung der politischen Realität gegenübersteht, die von Grabenkriegen und Hahnenkämpfen geprägt ist. Eine klare Mehrheit der Befragten erlebt die Schweizer Politik von Gruppeninteressen bestimmt und nicht am Gemeinwohl orientiert.

Linke übervertreten. Das mag auch mit methodischen Problemen zusammenhängen. Insgesamt wurden über 3000 Personen, Parlamentarier von Bund und Kantonen, alle Kantonsregierungen sowie die Mitglieder der Exekutiven und Parlamente von fünf ausgewählten Städten, per E-Mail angeschrieben. Etwa 25 Prozent, genau 833, haben den Fragebogen ausgefüllt. Dabei zeigte sich, dass ein überdurchschnittlich hoher Anteil von SP-Mitgliedern und Grünen an der Umfrage teilnahm, bei der SVP war die Neigung, die Fragen zu beantworten, deutlich geringer. In der Studie ist somit das linke Parteienspektrum übervertreten.

Auch mit dieser Einschränkung ist die Interpretation der Ergebnisse teilweise schwierig. Fast 60 Prozent der Befragten sind der Meinung, die Asylpolitik sei nur unterdurchschnittlich von ethischen Überlegungen geleitet. Ist das gut? Von der Minderheit, die der Meinung ist, der Einfluss ethischer Überlegungen sei in der Asylpolitik «sehr stark», findet ein Teil das erfreulich, weil es den hohen Stellenwert der humanitären Tradition in der Schweiz aufzeige. Der Rest der Gruppe hält das für negativ, weil die Schweiz zu freizügig sei. Für sie stört Ethik beim Vollzug der Gesetze.

In diesem Bereich ergibt die Untersuchung aber ebenso klare Resultate. Neun von zehn Befragten befürworten im Flüchtlingswesen primär Verbesserungen der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern den Menschen: Entwicklungsförderung, Menschenrechte und friedensfördernde Massnahmen. Politikerinnen halten diese Massnahmen für dringlicher als ihre männlichen Kollegen. Die SVP ist nach der Umfrage die einzige Partei, in der die innere Sicherheit höher gewichtet wird als die Einhaltung der Menschenrechte.

Widersprüche. Die in einem Buch zusammen mit mehreren Aufsätzen publizierten Ergebnisse stiessen bei der Präsentation auch auf Widerspruch. Der Zwang, zugunsten der Fraktionsmehrheit oder einer geschlossenen Parteimeinung die eigene Haltung hintanzustellen, sei nun einmal nicht zu unterschätzen, warf eine Zürcher Kantonsrätin ein. Das Team des Lasalle-Instituts will jedoch nicht nur abbilden, sondern einen Prozess in Gang setzen, will «Pausen schaffen, damit die innere Stimme hörbar wird», Ethik in der Politik fördern.

Lassalle-Institut (Hrsg.): Ethik 2006. Ethikbilanz in der Schweizer Politik. 200 S., Fr. 38.-, Verlag NZZ.